

**Antragstellend:** Bewegungslinke NRW

**Titel:** **Verbindlichkeit bei Mandatsträger:innen-Abgaben**

**Antragstext:**

Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf ein Konzept zu entwickeln, wie potenzielle Kandidierende für die Landesliste zur Bundestagswahl verbindlich und transparent erklären können, dass sie sich den Konzepten verpflichten, welche aus dem Dringlichkeitsantrag an den Bundesausschuss "Mehr Glaubwürdigkeit und Basisnähe für Die Linke" hervorgehen werden. Das Konzept hierfür soll im Dialog mit anderen Landesverbänden und der BAG „Die Linke hilft“ bzw. dem Gründer:innenkreis der BAG „Die Linke hilft“ entwickelt werden.

**Begründung:**

Um den laufenden Erneuerungsprozess in unserer Partei voranzutreiben und von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen wieder als glaubwürdige Interessenvertreter:innen wahrgenommen zu werden, braucht es verbindliche Zusagen zukünftiger Kandidierender, sich dem parteiintern schon lange diskutierten Mandatsträger:innen-Abgaben zur Finanzierung eines Sozialfonds zu verpflichten.

Für viele Menschen ist es kaum vorstellbar, dass Bundestagsabgeordnete mit Diäten von über 10.000 Euro im Monat die Probleme der lohnabhängigen Menschen verstehen, geschweige denn lösen können. Die KPÖ begrenzt daher die Einkommen ihrer Mandatsträger:innen auf das Niveau eines durchschnittlichen Facharbeitereinkommens. Faktisch spenden die Mandatsträger:innen der KPÖ ihre Einkommen die über diesen Betrag hinausgehen. Die Maßnahme bringt den Politiker:innen der KPÖ Authentizität und Glaubwürdigkeit. Damit hat die Partei ein Alleinstellungsmerkmal im politischen Wettbewerb. Die gespendeten Gelder werden für linke Strukturen eingesetzt, die einen unmittelbaren, konkreten Mehrwert für viele Menschen haben. Die Partei treibt damit ihre Verankerung in der Breite der Bevölkerung voran.

Die Linke sollte sich an diesem erfolgreichen Konzept ein Beispiel nehmen und als einzige Partei in Deutschland eine vergleichbarer Praxis etablieren. Die Entwicklung eines solchen Konzeptes obliegt dem Parteivorstand und muss auf dem Landesparteitag beschlossen werden. Jedoch sehen wir es als Aufgabe des Landesvorstands sicherzustellen, dass eine Selbstverpflichtung diese Mandatsträger:innen-Abgaben zu leisten für zukünftige Mandatsträger:innen kein Lippenbekenntnis bleibt und die Nichtzahlung solcher Abgaben Konsequenzen nach sich zieht.